

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

**Glenn Depta, Maxim Loboda**

Abschaffung der GEZ-Gebühren

Adressaten: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundesrat

**Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:  
Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Abschaffung der GEZ-Gebühren einzusetzen.

**Begründung:**

Es sprechen mehrere Gründe für eine Abschaffung der GEZ-Gebühren. Zum einen, der Zwang diese zu bezahlen, auch wenn man weder Fernseher noch Rundfunk benutzt. Pro Haushalt wird somit Geld eingezogen, selbst wenn der Dienst nicht in Anspruch genommen wird. Zum anderen, die nicht neutrale Berichterstattung. Der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien ist die neutrale Berichterstattung. In den letzten Monaten sind diese ihrer Pflicht nicht mehr nachgekommen. Ein Beispiel aus den letzten Wochen ist die Berichterstattung über die „Spreewälder Hirsemühle“, eine Marke für Biohirse. Höchstbedenklich war die Berichterstattung des ZDF über den Sachverhalt. Jan Plessow, der Inhaber der Marke für Biohirse wurde zuerst in dem Beitrag gezeigt. Hinter seinem Namen lässt das Kürzel „(AfD)“ keinen Zweifel an Plessows Parteizugehörigkeit. Ab Minute 1:20 wird es dann brisant. Nachdem der Präsident des Brandenburgischen Bauernverband gesagt hat, dass der Verbraucher entscheiden solle, was er kaufen möchte, wurden Kunden befragt. Die „Kundin“ Monika Lazar findet klare Worte und bringt ihre Unterstützung des Boykotts klar zum Ausdruck. Was dem Zuschauer nicht mitgeteilt wird: Bei der „Kundin“ handelt es sich um eine Bundestagsabgeordnete der Grünen. Hinter ihrem Namen fehlt das Parteienskürzel. Das ZDF stellt Lazar als ganz gewöhnliche Kundin des Bioladens dar, eine zweite Meinung hören wir nicht. Dem Zuschauer wird die Voreingenommenheit der Interviewten unterschlagen. Diese Art der Berichterstattung ist untransparent. Um dies und ähnliche Vorfälle zukünftig zu vermeiden, sollten wir den gebührenfinanzierten Rundfunk abschaffen.